

Antworten von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, CDU, FDP,  
DIE LINKE und SPD auf die

# Wahlprüfsteine



berlin  
music  
commission



media:net  
berlinbrandenburg

zur Wahl zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus 2021

# Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft stellen aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin eine wesentliche Grundlage des internationalen, positiven Images der Stadt dar - sowohl als Anziehungsfaktor für Touristinnen und Touristen als auch als Entscheidungshilfe für Unternehmensansiedlungen und Neugründungen. So ist dieser Wirtschaftszweig nicht nur für sich stehend ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Berlin, sondern hat auch zahlreiche positive Effekte auf andere Wirtschaftszweige, sei es als Standortfaktor oder als unternehmensnotwendige Infrastruktur. Die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft ist wesentlich für Berlin und für viele andere Wirtschaftszweige.

## CDU

Die Medien- und Kreativwirtschaft leistet eine bedeutende Grundlage dafür, dass sich in den letzten Jahrzehnten in Berlin eine kreative kulturelle Landschaft entwickelt hat, die Menschen aus der ganzen Welt in unsere Stadt führt und ihnen die Möglichkeit gibt, kreative und innovative Ideen zu verwirklichen. Damit leistet die Medien- und Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt. Die Kreativität und Innovationskraft der Szenewirtschaft haben die Stadt wesentlich geprägt. Clubs, Festivals und Kultur-Veranstaltungen sind das Experimentallabor für Musiker, Produzenten und Ideen-Pools für Kreativwirtschaft-Branchen wie Mode, Film, Games und moderne Kunst. Hier werden neue Kontakte geschaffen, Projekte ausprobiert, Trends gesetzt und Nischen verteidigt. Von ihrer Wirkung auf Besucher und Fachkräfte profitieren auch andere Branchen im hohen Maße wie z.B. IT/ Start-Up Bereich, die Gastronomie oder der Tourismus.

Die CDU erkennt in der Nachtökonomie einen wichtigen Faktor zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Heinz Zellermaier, nach dem 2. Weltkrieg Chef der Berliner Gastronomen und später 20 Jahre CDU-Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, hat 1946 bei den westalliierten Stadtkommandanten die Abschaffung der Sperrstunde durchgesetzt. Die CDU bekennt sich noch heute zu diesem „Erbe“ und lehnt eine Sperrstunde in Berlin ab.

## DIE LINKE

Berlin ist eine Medienmetropole. Rund jeder zehnte Erwerbstätige in Berlin ist in der Kreativbranche beschäftigt. Die Kreativwirtschaft ist mit 170 Milliarden Euro Umsatz bundesweit eine der tragenden Säulen der Wirtschaft, nicht nur, aber ganz wesentlich im Ballungsraum Berlin-Brandenburg. Die Digitalbranche bringt mittlerweile sogar jeden siebten neuen Job in Berlin hervor. Damit gebührt der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für DIE LINKE Berlin schon allein aufgrund ihrer Bedeutung für Einkommen und Wertschöpfung ein hoher Stellenwert. Sie prägt darüber hinaus auch stark positiv das Bild Berlins in der Welt. Diese Bedeutung spiegelte sich zuletzt in den Hilfspaketen wider, die von der Branche gut angenommen wurden.

## FDP

Als Freie Demokraten sehen in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft einen der Zukunfts- und Jobmärkte für Berlin, den wir aktiv unterstützen wollen.

- Wir wollen ein professionelles Clustermanagement etablieren, das bestehende Unternehmen aller Größen, Kapitalgeberinnen und Kapitalgeber sowie die Verwaltung vernetzt und gemeinsame Kooperationsprojekte identifiziert und organisiert. Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft als „Innovationskatalysator“ nutzen und als eigenes Wirtschaftsfeld weiter ausbauen. Um die Entwicklungen in diesem wichtigen Sektor nachverfolgen und politische Schlussfolgerungen ziehen zu können, werden wir den Kreativwirtschaftsbericht wieder einführen.

- Die Stärkung der Berliner Kreativwirtschaft wollen wir auf der Grundlage der Erkenntnisse eines Kultur- und Kreativwirtschaftsberichts zu einer strategischen Priorität der Stadtentwicklung machen.

- Die oft miteinander verwobenen Wirtschaftsaktivitäten und -betriebe des Architektur-, Buch- und Pressemarktes, der bildenden und darstellenden Künste, der Designwirtschaft, Filmwirtschaft (inklusive Visueller Effekte, VFX), des Kunst- und Werbemarkts, der Musikwirtschaft, der Rundfunkwirtschaft, der Software- und Games-Industrie sichern, vermitteln, verbreiten und vermarkten die künstlerische Produktion, die Berlin als Metropole zum Magneten für Kunstkonsumenten, Konsumentinnen und -schaffende macht.

-Stadtplanung und Stadtentwicklung können hier die Bildung von Kreativclustern (z. B. eines Design- oder Fashion-Village) unterstützen und die Attraktivität für die Stadtquartiere und für Gäste aus dem In- und Ausland ausstrahlen.

## SPD

Als eine der größten Branchen der Hauptstadt trägt die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft maßgeblich zur Attraktivität des Berliner Wirtschaftsstandorts bei und ist seit Jahren Innovationskatalysator für den Zukunftsort Berlin. Als eine der umsatz- und beschäftigungstärksten Branchen der Stadt erweist sie sich nicht nur als Treiber für digitale Transformation und Innovation, sondern trägt auch dazu bei, dass Berlin immer wieder die höchsten Wirtschaftswachstumsraten in Deutschland erzielt. Mit ihrem erheblichen Übertragungseffekt auf andere Wirtschaftszweige konnten auch andere Sektoren der Stadt an den Erfolg der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft anknüpfen. Deshalb bekennt sich die Berliner SPD in ihrem Landeswahlprogramm zur Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und ist entschlossen, ihr die entsprechende Förderung und beste Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Die Vernetzung der Branche wollen wir weiter unterstützen und finanziell stärken, insbesondere in Form der Arbeit des [media.net.berlinbrandenburg](http://media.net.berlinbrandenburg).

# Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum die Geschäftsführer\*innen, Angestellten und freien Mitarbeiter\*innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollten?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden nicht nur von Kreativen und Künstler\*innen gegründet, sondern wird auch bis heute von ihnen gestaltet. Mit einem ganzen Netzwerk von Arbeitsgemeinschaften binden wir Akteur\*innen der Kreativwirtschaft und Kultur direkt in unsere Meinungsbildungsprozesse und Programmarbeit ein, suchen darüber hinaus den direkten Dialog und verstehen uns als "Ermöglicher\*innen" einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und resilienten Kreativwirtschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben verstanden, dass Kreativität eine wichtige erneuerbare Ressource Berlins ist. Diese Ressource zu pflegen, zu schützen und zu stärken ist vornehmste Aufgabe von Politik. Wir wollen ein Berlin gestalten, in dem Kreative ohne Existenzängste leben und arbeiten können – in dem die Stadt für die Kreativen da ist und nicht umgekehrt.

Bündnis 90/Die Grünen stehen zur Berliner Kreativwirtschaft. Wir wollen die kreativwirtschaftlichen Akteur\*innen weder belehren noch reglementieren sondern erkennen an, dass für kreative Innovationen auch einmal kreative Wege gegangen werden müssen. Unsere Verwaltung so auszustatten, dass sie mit den Entwicklungen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft mithalten kann, ist Herausforderung und Chance zugleich, die wir anpacken werden.

## CDU

1. Die CDU steht wie keine andere Partei für eine starke mittelständische Wirtschaft. Gerade angesichts der Corona-Pandemie gilt: Unser wichtigster Job sind sichere Jobs. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz und sichern Existenzen. Dafür setzen wir auf die drei Säulen unseres Berlin-Pakts: Entlastung – Förderung – Investitionen. Alles, was die Wirtschaft hemmt, werden wir auf den Prüfstand stellen. So werden wir die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft entfesseln und den Berliner Unternehmen einen echten Neustart ermöglichen. Mit einem „Krisen-Check“ wollen wir im Dialog mit den verschiedenen Branchen sicherstellen, dass bei Förderprogrammen des Landes insbesondere diejenigen Unternehmen berücksichtigt werden, die besonders unter den Pandemiefolgen zu leiden haben. Um Unternehmen unmittelbar zu entlasten, wollen wir außerdem eine vorübergehende Absenkung des Gewerbesteuerersatzes prüfen.

2. Wir werden dafür sorgen, dass es auch zukünftig genügend Raum für kreative Orte in unserer Stadt gibt. Wir stehen für eine kulturfreundlich ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik, die dafür sorgt, dass landeseigene Grundstücke verstärkt auch für Standorte der Kreativwirtschaft genutzt werden können. Wir haben in der letzten Wahlperiode eine Änderung der Berliner Liegenschaftspolitik veranlasst, die es auch Unternehmen und Projekten ermöglichen sollte, an landeseigene Grundstücke zu gelangen, wenn man nicht das größte Budget, dafür aber das beste Nutzungskonzept hat. Leider hat Rot-Rot-Grün das nicht umgesetzt und wertvolle Liegenschaften in staatlicher Verwaltung ohne spannende Konzepte liegen gelassen, wie etwa die alte Münze, den Spreepark oder den Flughafen Tempelhof. Stadtentwicklungspolitik muss Flächen auch für kreative Orte, die eine Clubnutzung ermöglichen, ausweisen und planungsrechtlich absichern. Wir wollen auch Flächen für andere Unternehmen der Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir eine

Schnittstelle für die Kreativwirtschaft bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (analog zur bestehenden Stelle beim Senat für Wirtschaft, Bereich Kreativwirtschaft) sowie den entsprechenden Bezirksämtern, die zwischen Kultur-, Wirtschaft und Stadtplanung koordiniert und Planungsprozesse für die Kreativwirtschaft mitgestaltet, einrichten.

3. Die Berliner Kreativszene hat seit Jahrzehnten ihre Innovationskraft und ihren Einflusreichrum bewiesen. Diesen Freiraum zu erhalten, wieder zu geben und zu fördern ist aus unserer Sicht der beste Jobmotor, um Menschen in diesen Branchen zu helfen spannende und gut bezahlte Jobs zu generieren. Staatliche Bevormundung und Kontrolle sind gerade für die Kreativwirtschaft Gift, wie die letzten Jahre unter Rot-Rot-Grün und Corona in Berlin gezeigt haben.

## DIE LINKE

1) Die kreative Förderung und in der Coronapandemie schnelle und unbürokratische Hilfe der Kulturverwaltung von Klaus Lederer. Senator Lederer steht für die Politik der LINKEN Berlin, die das Ohr nah an den Bedürfnissen der Branche und der in ihr Tätigen hat. Eine solche Politik für die gesamte Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft wollen wir weiter voranbringen, unter anderem in dem wir uns für eine Bündelung der noch zwischen drei Senatsverwaltungen geteilten Zuständigkeiten einsetzen.

2) Das Beispiel der mit dem Landeshaushalt 2020/21 neu eingeführten und erfolgreichen VFX-Förderung zeigt, dass DIE LINKE Berlin in Regierungsverantwortung mit der rot-rot-grünen Koalition zeitnah auf Entwicklungen reagiert und gemeinsam mit Branchen passgenaue Förderinstrumente entwickelt, um die Medien-, Kreativ-, und Digitalwirtschaft nicht nur im deutschlandweiten, sondern auch im internationalen Wettbewerb voranzubringen.

3) DIE LINKE Berlin sieht traditionell eine ihrer wichtigen Aufgaben darin, sich für Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen stark zu machen. Dafür stehen als aktuelles Beispiel die Hilfsmaßnahmen während der Coronapandemie. DIE LINKE Berlin wird diese Politik fortsetzen und sich für die Bekämpfung prekärer Arbeit zugunsten von Arbeit, von der man leben kann, einsetzen.

## FDP

1. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes Räume für Kreative schafft, um neue Geschäftsmodelle, Prototypen, Apps oder solidarische Projekte entwickeln zu können.

2. Ebenso sprechen wir Liberale uns dafür aus, dass Kreative und Bürger im Sinn der Solidarität eigenverantwortlich zivilrechtliche Lösungen finden, um die Branche zu entlasten. Dazu gehöre beispielsweise der Verzicht auf Kostenerstattungen für Tickets ausfallender Veranstaltungen, die Beteiligung an Spendenaktionen oder Crowdfunding von Kreativen für eigene Projekte.

3. Im internationalen Standortwettbewerb muss sich die Metropolregion Berlin-Brandenburg fokussieren und gezielt um unternehmerische Investitionen werben, sodass sich die Kreativbranche in unserer Stadt weiterentwickeln kann.

## SPD

I. Wir stehen für Zukunft, made in Berlin – sozial, innovativ und auf Augenhöhe! Als progressive Partei steht die SPD wie keine andere Partei für eine Politik des gesellschaftlichen Fortschritts, der sozialen Innovation und der technologischen Neuerungen. Um unsere Innovationsoffensive für Berlin fortzusetzen bleibt die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft als Zukunftslabor und Innovationsmotor der Stadt unserer wichtigste Schlüsselpartnerin. In einer beispielgebenden Allianz mit Akteuren der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft ist es uns gelungen, Berlin zum führenden Standort in diesem Bereich zu machen. Mit solider Sozialpolitik, Investitionen in die Kunst- und Kulturförderung, einer weitläufigen und diversitätsorientierten Verwaltung sowie einer Digitalisierungsoffensive. Diesen erfolgreichen Kurs werden wir konsequent und auf Augenhöhe mit allen Teilen der Stadtgesellschaft weiterverfolgen. Auch deshalb bitten wir die Beschäftigten der Branche, ihr Vertrauen in die SPD zu erneuern und uns ihre Stimme am 26. September anzuvertrauen.

ii. Wir schaffen Wachstumsperspektiven für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft – auch nach der Pandemie. Die Berliner SPD bleibt die Kraft, die die Berliner Wirtschaft entschlossen aus der gegenwärtigen Krise in dieses entscheidende Jahrzehnt führen kann. Wir arbeiten dafür, die Potenziale der Stadt künftig noch stärker zu nutzen und fördern und Unternehmen sowie Investoren gute Voraussetzungen zu bieten. Betriebe im Bereich der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zu gründen und mit ihren Unternehmen zu wachsen. Um die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen, braucht Berlin einen neuen Aufbruch, deshalb planen wir ein Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“.

iii. Wir stärken den Kreativschaffenden den Rücken und bringen ihre soziale Sicherung auf die Höhe der Zeit. Kreative brauchen Sicherheit. Medien-, Kunst- und Kreativschaffende müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-, Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele aus der Branche in eine existenzielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass Kulturförderung, eine zusätzliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch Mindestlöhne und Ausstellungsgarantien für freischaffende Künstler\*innen sicherstellt. Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, das System der sozialen Sicherung so weiterzuentwickeln, dass Medien-, Kunst- und Kreativschaffende (und andere Sozialschwache) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns unverhandelbaren Künstlersozialversicherung und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme einschließlich der Grundversicherung im Alter. Hierfür will die Berliner SPD auf eine entsprechende Nachversicherung der Grundrente im Bund hinwirken. Wir wollen die Arbeitsversicherung so weit, zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung zu verbessern. Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen und Selbstständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbstständige haben wir im Bund bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind Einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängigen Beschäftigten.



# Welche konkreten Projekte zur Förderung, Stärkung und ggf. zum Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie angeschlagenen Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Wir kämpfen für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume, genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner\*innen. Wir werden dafür die bestehende Förderstrategie innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und der kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Juries, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen. Die Kreativwirtschaft ist schon vor Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinunternehmen, Soloselbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von Maßnahmen auf den Weg bringen.

Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene, virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln. Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft, in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte, ebenso wie Ausbildungs-, Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft schaffen.

Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe weiter hoch halten könnte.

## CDU

Veranstaltungs-, Kultur- und Kreativwirtschaft, Hotellerie und Gastronomie gehören zu den Branchen, die besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen sind. Gleichzeitig prägen diese Wirtschaftszweige in besonderer Weise die DNA unserer Stadt. Wir werden sie nicht allein lassen. Zusätzliche Berliner Unterstützungsprogramme sind und bleiben nötig. Wir werden alles daransetzen, damit das Gesicht Berlins nach der Pandemie erhalten bleibt. Wir werden alle Förderprogramme des Landes einem „Krisen-Check“ unterziehen mit dem Ziel, insbesondere diejenigen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel zu berücksichtigen, die besonders unter den Pandemiefolgen zu leiden haben. Unser wichtigstes Ziel bei der Krisenbewältigung ist es, Arbeitsplätze zu sichern, Unternehmen zu erhalten und Selbständige vor Überschuldung zu bewahren. Außerdem werden wir ein Bürgerschaftsprogramm auflegen, mit dem wir kleine und mittelständische Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise KfW-Darlehen erhalten, für den frei zu finanzierenden Darlehensteil mit einer Bürgerschaft unterstützen.

## DIE LINKE

DIE LINKE Berlin lehnt Versuche, die Kosten der Corona-Krise durch Kürzungen zu bewältigen und der Krise hinterher zu sparen, ab. Den einschneidenden Folgen der Pandemie wollen wir eine „Neustartinitiative“ entgegensetzen. Nur mit einer von Bund und Land getragenen Anschubfinanzierung können die positiven Entwicklungen in den Teilbranchen vor der Pandemie fortgesetzt werden. Dazu kann an vielen Stellen an aktuelle konkrete Fördermaßnahmen jenseits der Corona-Hilfspakete – beispielsweise die „Filmförderung, Kinos und Filmfestivals in der Pandemie“ – angeknüpft werden.

## FDP

Wir Liberalen haben die schnelle Auszahlung der Soforthilfen für den Kultur- und Kreativbereich aktiv gefordert. Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode die Unterstützungsprogramme ansehen und evaluieren, inwiefern es weiterer Unterstützung bedarf. Neben den finanziellen Zuwendungen braucht die Kunst- und Kulturarbeit vor allem Öffentlichkeit. Deshalb setzen wir uns für geeignete Öffnungsschritte ein, um die Öffentlichkeit und die Kultur wieder zusammenzubringen.

## SPD

*Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“ und Neustartprogramm Kultur*

Durch die Pandemie und die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen ist Berlin als Kulturmetropole und Wirtschaftsstandort schwer getroffen. Um der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zügig und effektiv auf die Beine zu helfen, setzt die Berliner SPD sowohl auf kulturpolitische Förderung als auch auf wirtschaftspolitische Wiederaufbaumaßnahmen: Zum einen werden wir ein Neustartprogramm Kultur auf den Weg bringen, damit Kultur in der Stadt wieder zu ihrer alten Kraft zurückfinden kann. Zum anderen planen wir ein Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen.

*Digitales Mainstreaming*  
Die Pandemie hat ein Schlägloch auf die Bedeutung der Digitalwirtschaft gelegt den Nachholbedarf bei der Digitalisierung der Kultur- und Kreativwirtschaft deutlich gemacht. Hier sieht die Berliner SPD ihren Auftrag für die nächsten Jahren. Wir wollen Berlins Digitalpolitik als Querschnittsaufgabe neu ausrichten und mit einer Digitalisierungsoffensive für Berlin digitales Mainstreaming in allen Bereichen der Stadtgesellschaft fördern. Denn eine starke Kreativ- und Digitalwirtschaft kann nur in einer digitalisierungsfreundlichen - und fähigen Gesellschaft prosperieren. Deshalb richten wir einen Investitionsfonds Digitalisierung ein, der die Stärkung der digitalen Infrastruktur finanziert. Auch für den Kreativ- und Kulturbereich stellt die Digitalisierung Herausforderung sowie Chance zugleich dar. Die große Herausforderung besteht insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Durch eine zunehmende Abwanderung von Kultur auf digitale Kanäle geht Wertschöpfung verloren; finanzielle Einbußen sind die Folge. Gleichzeitig entstehen durch die digitalen Technologien, verbunden mit innovativen Geschäftsmodellen und Konzepten, neue Möglichkeiten hinsichtlich der Schaffung, Verbreitung, Verwertung und Öffnung des Kreativ- und Kulturbereichs hin zu einem größeren Nutzerinnenkreis. Die SPD will hier Entwicklungsimpulse setzen. Wir werden die Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum stärken und digitale Kunstprojekte fördern. Auch im Bund setzen wir für einen Pakt der digitalen künstlerischen und kulturellen Teilhabe ein und werden die Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte fördern, indem wir die Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben. Nicht zuletzt werden wir auch die Entwicklung digitaler Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle durch Netzwerke, Beratung und finanzielle Mittel aktiv unterstützen.

*Innovationsstandort Berlin fördern*  
Kaum eine andere Branche ist von Innovation und technologischem Fortschritt geprägt wie die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass diese auf kürzestem Weg von den technischen und geistigen Innovationen der hervorragenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen Berlins profitieren kann. Mit der Berliner Reallabor-Strategie wollen wir zudem mehr Innovationsräume in der Stadt schaffen und dabei auch die Kieze zu Orten der Erprobung machen. Mit Unterstützung von Innovationslotsen wollen wir Spielräume schaffen, damit sich junge wie etablierte Unternehmen in räumlich begrenzten Bereichen ausprobieren können. Dabei wollen wir Start-ups mit der starken Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen und Berlin zu einem einzigartigen Denk- und Produktionsort machen.

# Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Berlin als Standort für die Medien-, Kreativ- und Digitalbranche attraktiver zu machen?

## Wird sich Ihre Partei für Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum einsetzen?

### BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennt die essentielle Bedeutung der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche für Berlin nicht nur an – wir fördern Ansiedlung und nachhaltiges, resilientes Wachstum der Kultur- und Kreativbranche nach Kräften. Dazu gehören Investitionen in kulturelle Infrastruktur, in Kulturrorte, in kreativwirtschaftlich genutzte Gewerbeflächen, in Produktions-, Repräsentations- und Handelsräume. Über Jahrzehnte wurde in Berlin Mangelwirtschaft im Kultur- und Kreativbereich betrieben, was sich aus heutiger Sicht als schwere Belastung erweist. Wir werden gegensteuern, Kulturrorte und Produktionsinfrastruktur sichern, ankaufen und neu bauen, soweit uns das möglich ist. Metropolen wie London, New York oder Paris haben uns gelehrt, wie gefährlich es ist Innenstädte weitgehend renditeorientierten Projektentwickler\*innen zu überlassen. Eine Berliner Mischung wieder herzustellen, sehen wir als Möglichkeit die Lebensqualität zu steigern, die soziale Mischung zu sichern und damit überhaupt erst die grundsätzlichen Bedingungen für eine florierende, diverse und vielfältige Kultur- und Kreativwirtschaft zu schaffen.

### CDU

Die Entwicklung Berlins ist maßgeblich getrieben von unseren kulturellen und kreativen Räumen. Ihnen muss bei Stadtentwicklung und Raumnutzung ein deutlich größerer Stellenwert eingeräumt werden. Wir werden gemeinsam mit allen relevanten Akteuren einen Stadtentwicklungsplan Kultur erarbeiten und darin Konzepte und Leitlinien zur Sicherung und Entwicklung von Kulturräumen in Berlin verankern. Wir wollen eine kulturfreundlich ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik, die dafür sorgt, dass landeseigene Grundstücke verstärkt auch für Standorte der Kreativwirtschaft genutzt werden können. Stadtentwicklungspolitik muss Flächen auch für kreative Orte, die eine Clubnutzung sowie Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft ermöglichen, ausweisen und planungsrechtlich absichern. Wir werden eine Schnittstelle für die Kreativwirtschaft bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (analog zur bestehenden Stelle beim Senat für Wirtschaft, Bereich Kreativwirtschaft) sowie den entsprechenden Bezirksämtern einrichten, die zwischen Kultur-, Wirtschaft und Stadtplanung koordiniert und Planungsprozesse für die Kreativwirtschaft mitgestaltet. Außerdem wollen wir das Planungsinstrument „Clubkataster“ mit fortgeführter Unterstützung durch das Musiboard ausbauen. Es soll konsequent im Planungsalltag der Bezirke Anwendung finden. Außerdem wollen wir parallel zum Clubkataster ein ähnliches Instrument aufbauen, das mögliche freie Flächen für eine (Zwischen-)Nutzung erfasst und die Durchführbarkeit von spontanen Free Open Airs prüft. Standortpartnerschaften zwischen Industrie und Musik-/Kreativszene unterstützen wir ausdrücklich. Darüber hinaus wollen wir den ehemaligen Flughafen Tempelhof schrittweise zu einem Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Insbesondere der Ansiedlung der Deutschen Film- und Fernsehakademie (DFFB) kommt hierbei eine große Bedeutung zu.

### DIE LINKE

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Förderung der Kooperation von Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Start-up-Szene mit den Industrieunternehmen und insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) intensivieren und ausbauen und somit den eingeschlagenen Weg der Digitalisierung der Berliner Wirtschaft weiter vorantreiben. Wir wollen zudem die Gründung von innovativen Unternehmen und Start-ups fördern. Die derzeit fragmentierte Gründungsberatung in Berlin soll zu einer städtischen Innovationsagentur nach Vorbild des „Digital Innovation Office“ in Barcelona ausgebaut werden. Die Bereitstellung bezahlbarer Gewerbeflächen ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Zahlungskräftige Nutzer:innen wie z.B. internationale IT-Unternehmen, führende Online-Händler oder Großunternehmen können ihren Flächenbedarf in der Regel auf dem privaten Gewerbeimmobilienmarkt in Berlin decken, erhöhen aber damit gerade in innerstädtischen Bereichen den Verdrängungsdruck auf die ansässigen Gewerbebetriebe. Für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), auch aus der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche, wird die Suche nach bzw. Sicherung des Betriebsstandortes so zunehmend problematisch. DIE LINKE Berlin setzt sich dafür ein, die 2020 gegründete Berliner Bodenfonds GmbH zu stärken und den Ankaufsfonds aufzustocken, um in der wachsenden Stadt strategische Immobilien- und Grundstücksankäufe vornehmen und Grundstücksreserven anlegen zu können. So erworbene Liegenschaften können auch genutzt werden, um sie für strategische Ansiedlungen und für von Verdrängung bedrohtes Gewerbe über Erbbaurechtsverträge mit tragbaren Konditionen zur Verfügung zu stellen. Dierasant steigenden Gewerbemieten und das Fehlen eines schützenden Gewerbemietrechts auf Bundesebene sind ein wachsendes Problem, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in unserer Stadt. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass ein Gewerbemietrecht geschaffen wird, das insbesondere kleine Gewerbetreibende bzw. KMU schützt und die Gewerbemieten reguliert und begrenzt.

### FDP

Künstler brauchen Platz für ihre Arbeit. Einen Überblick über leere Flächen des Landes oder gar eine Flächen-Vermittlung gibt es bis heute nicht. Weder die vor fünf Jahren angekündigte Agentur für kulturelle Zwischennutzung freier Räume und Liegenschaften noch ein Kulturkataster wurden umgesetzt. Dies muss nun kommen. Ebenso muss die Partnerschaft mit privaten Anbietern intensiviert werden. Die Immobilienindustrie hat mit dem Projekt „Transiträume“ bereits seit 2020 eine Plattform zur Vermittlung vorübergehend leerstehender Flächen geschaffen.

### SPD

*Neue Perspektiven der Medien-, Digital- und Kulturpolitik*  
Medien-, Digital- und Kulturpolitik muss in den kommenden Jahren tiefgreifende Veränderungsprozesse gestalten. Wir müssen es auch angesichts der Corona-Krise schaffen, sowohl die bestehenden und reichhaltigen Infrastrukturen der Branche aufrechtzuerhalten als auch die Produktion medialer, künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen. Dazu müssen wir verstärkt die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden in den Blick nehmen. Für die SPD ist klar: Die sich verändernden Wertschöpfungsketten bedürfen einer zeitgemäßen „kulturellen Ordnungspolitik“, etwa in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht oder Künstlersozialversicherung. Deshalb setzen wir uns im Bund für die Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen.

*Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum*  
Die Berliner SPD hat Baupolitik in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt und wird die Neubaupolitik des Landes zur Cheffinnensache machen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass Kunst- und Kulturräume in die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden. Dazu wollen wir in Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer:innen zusätzliche Flächen und Räume für Kunst und Kultur schaffen und vertraglich absichern. Gerade unter den Bedingungen der wachsenden Stadt braucht Berlin ausreichend Ateliers, Produktions- und Präsentationsorte. Unser Ziel bleibt es, Kreativschaffende in Berlin auch bei anhaltenden Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen eine Grundversorgung mit bezahlbaren Arbeits- und Proberäumen sowie Ateliers zu gewährleisten. Das vom Senat neu gegründete Bündnis „Kultur Räume Berlin“ bietet hierfür einen sachdienlichen Rahmen, den wir weiter fördern und ausbauen wollen. Auch bei der Schaffung landeseigener Kunst- und Kulturräume haben wir wesentliche Fortschritte erzielt. So konnten wir durch gezielte Ankäufe, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum Radialsystem V, in den letzten Jahren wichtige Kulturinfrastruktur in Landeshand sichern. Um mehr Freiflächen für Kreativschaffende in Berlin zu schaffen und zu erhalten, setzen wir uns für uns für die Erstellung eines Stadtentwicklungsplans Kultur für Berlin ein, der einen Rahmen für die Umsetzung kreativer Aspekte in die Stadtplanung schafft und konkrete Projekte und Orte für Kunst und Kultur benennt und bei der Entwicklung von Stadtquartieren mitdenkt.

# Mit welchen Maßnahmen wollen Sie internationale Fachkräfte für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft nach Berlin holen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen. Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung und erleichterter Familiennachzug sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von Fachkräften.

Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber auch Nichtfachkräfte bereichern unsere Stadt – Menschen bringen mehr mit als ihre reine Arbeitskraft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft.

Zugleich gilt es die Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung sowie die Gleichwertigkeit der Bildungswege zu fördern. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierende und Akademiker\*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die Hochschulen Berlins sollen sich dabei in der Besetzung der Stellen abstimmen, um in den Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so Betroffene besser ansprechen zu können.

## CDU

Wir setzen uns dafür ein, dass Einwanderungsverfahren für internationale Fachkräfte deutlich schneller und so unbürokratisch wie möglich durchgeführt und abgeschlossen werden. Wir werden gezielt um internationale Fachkräfte werben und darüber hinaus in jedem Bezirk die Wirtschaftsförderung mit mindestens zwei zusätzlichen Stellen ausstatten, die ein Welcome Office mit internationaler Sprachkompetenz betreuen werden. Die erfolgreiche Einführung der VFX-Förderung für die digitale Filmproduktion hat zudem gezeigt, dass es mit effizienten und modernen Förderinstrumenten nicht nur gelingt, Investitionen in die Stadt zu holen, die ein Vielfaches an Fördervolumen umfassen, sondern damit auch hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Digitalwirtschaft in Berlin geschaffen werden können. Diese Form der Wirtschaftsförderung wollen wir erweitern.

## DIE LINKE

Eine attraktive und florierende Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft ist der beste Anreiz für internationale Fachkräfte, nach Berlin zu kommen. Dies bringen regelmäßig Umfragen wie die 2021 erstellte Umfrage unter 1.300 Gründer:innen in ganz Europa zum Ausdruck. DIE LINKE Berlin will die Rahmenbedingungen weiter verbessern, um die Entwicklung zu verstetigen.

## FDP

Berlin braucht Fachkräfte und muss deshalb ein attraktiver Standort werden. Die Herkunft von Fachkräften spielt für uns keine Rolle, sondern nur ihr Talent und ihre Fähigkeiten. Wir wollen Fachkräften ein schnelles Ankommen in Berlin ermöglichen. Dazu gehört die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, die das „One-Stop-Shop-Konzept“ umsetzt. Wir werden den Berliner Business Immigration Service kundenorientiert ausbauen und die Leistungserbringung beschleunigen, damit ausländische Fachkräfte gut in Berlin ankommen. Dazu gehört auch, dass Englisch endlich zweite Verwaltungssprache sein muss. Alle Verwaltungsdokumente müssen in englischer Sprache in den Ämtern vorliegen bzw. digital abrufbar sein. Um als attraktiver Standort unter Fachkräften bekannter zu werden braucht es hier individuelles und personenbezogenes Marketing. Denkbar ist auch die Einführung einer „Bring a friend“-Initiative, bei der Personen mit einer Prämie entlohnt werden, wenn sie zur Vermittlung einer dringend nachgefragten Fachkraft beitragen.

## SPD

Berlin ist heute Zuhause für hunderttausende Internationalen, die in der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche tätig sind. Dies ist insbesondere einem migrationsfreundlichen und weltoffenen Kurs zu verdanken, den wir als Berliner SPD seit Jahren mit der gesamten Stadtgesellschaft trägt. Mit uns wird Berlin auch in Zukunft seine Willkommenskultur und Weltoffenheit in allen Bereichen der Stadtgesellschaft vorleben. Mit unserer Politik wollen wir zu einer Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur beitragen und den Diskriminierungsschutz beständig weiterentwickeln. Hierbei werden wir dafür sorgen, dass insbesondere die Berliner Verwaltungsstrukturen mitziehen. Mit der Einrichtung eines neuen Landesamtes für Einwanderung haben wir bundes- und landespolitisch ein klares Zeichen gesetzt und eine Verwaltungseinheit geschaffen, die service- und beratungsorientiert die Berliner Einwanderungspolitik gestaltet. Ein weiteres Anliegen der Berliner SPD bleibt weiterhin die transparente, zügige und vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen.

# Berliner Veranstalter\*innen werden für Genehmigungen ihrer Veranstaltungen seitens der jeweilig verantwortlichen Bezirksämter in Berlin unterschiedlich behandelt. Ist Ihre Partei bereit, vereinfachte aufeinander synchronisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen – insbesondere mit Blick auf den Immissionsschutz zur Nutzung von Sonderflächen wie Open Airs – in Berlin aufzustellen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeitet bereits jetzt proaktiv an einer Überwindung der Kleinstaaterei innerhalb Berlins – soweit es die Ungleichbehandlung betrifft. Selbstverständlich ist es völlig anachronistisch und nicht nachvollziehbar, wenn etwa Filmproduzent\*innen für eine Szene Drehgenehmigungen in unterschiedlichen Bezirken einholen müssen oder wenn Konzertveranstalter\*innen in unterschiedlichen Bezirken unterschiedliche Regelungen vorfinden. Wir leben und arbeiten ja nicht mehr in zwölf verfeindeten Fürstentümern, sondern in einer modernen Medienmetropole. Synchronisierte Verwaltungsvorgänge, zentrale Anlaufstellen, vernetzte und voll digitalisierte Verwaltungsvorgänge entlasten die Verwaltung, reduzieren die Kosten und entbürokratisieren an der richtigen Stelle.

## CDU

Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen. Außerdem wollen wir parallel zum Clubkataster ein ähnliches Instrument aufbauen, das mögliche freie Flächen für eine (Zwischen-)Nutzung erfasst und die Durchführbarkeit von spontanen Free Open Airs prüft.

## DIE LINKE

Ja. Insbesondere im Hinblick auf die Zuständigkeiten der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter haben wir bereits jetzt zumindest die Voraussetzung für eine künftig bessere Harmonisierung geschaffen. Im geänderten Bezirksverwaltungsgesetz sind einheitliche Ämterstrukturen in den Bezirken vorgesehen, was auch die SGA betrifft. Darüber hinaus ist in der nächsten Wahlperiode geplant, nach dem neuen Versammlungsfreiheitsgesetz für politische Versammlungen auch noch ein Veranstaltungsgesetz zu erlassen. In diesem Gesetz wäre es z.B. möglich, die Voraussetzungen für die Nutzung von Sonderflächen zentral und einheitlich zu regeln.

## FDP

Die Schikanen einzelner Verwaltungen bei der Erteilung von Genehmigungen für Veranstaltungen, Konzerte oder Filmdrehs sind uns bekannt und nicht hinnehmbar. Solche Genehmigungen sind in einer One-Stop-Agency auf Landesebene zentral zu bündeln und zu entscheiden. Das bisherige Verwaltungs-Pingpong muss beendet werden.

## SPD

Die Berliner SPD setzt sich für ein veranstalterfreundliches Genehmigungsverfahren nach dem One-Stop-Prinzip ein. Aktuell müssen die Veranstaltenden Genehmigungen von verschiedenen Fachbehörden gemäß unterschiedlichen Gesetzen einholen. Veranstalter:innen stoßen noch zu häufig auf diffuse rechtliche Vorgaben und unklare Zuständigkeiten. Dem wollen wir mit einer Verfahrenskonzentration und Genehmigungsbündelung in bezirklicher Zuständigkeit entgegenwirken. Zudem werden wir Genehmigungsstandards bezirksübergreifend vereinheitlichen und vor allem Doppelzuständigkeiten weiter abbauen. Bereits in dieser Legislaturperiode setzt sich die Berliner SPD für ein eigenständiges Veranstaltungssicherheitsgesetz ein, das verbindliche Regelungen zum Immissionsschutz und zum Schutz von Besucher:innen von Veranstaltungen auf unbebauten Freiflächen festlegt. Unser Ziel ist es Veranstaltungsfreundlichkeit und Veranstaltungssicherheit in Einklang zu bringen. So sieht das Gesetzesvorhaben der SPD-geführten Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine sicherheitsbezogene Genehmigung für Großveranstaltungen mit mindestens 5.000 zeitgleich Teilnehmenden vor. Die Anzeige- und Genehmigungsverfahren sollen einheitlich von den Bezirksämtern verantwortet werden. Wichtig ist uns hierbei ein einfaches und veranstalterfreundliches Verfahren.

# Welchen Stellenwert hat die Berliner Musik- und Events-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Musik- und Event-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Events prägen Berlin, Musik verschafft Berlin Identität. Ohne Messen, Kongresse, Festivals, Konzerte und Clubs würde Berlin kulturell veröden und einen großen Teil seiner Identität verlieren. Dieser kulturelle Gewinn ist noch höher einzuschätzen, als der Wirtschaftsfaktor „Event- und Musik“. Aber alleine schon die vielen, teils hoch qualifizierten Arbeitsplätze und der starke Effekt auf den Berliner Tourismus rechtfertigt ein starkes Engagement für die Branchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suchen daher aktiv den Kontakt zu den Akteur\*innen und Vertreter\*innen der Branchen und sehen die Unterstützung und Förderung der Berliner Musik- und Eventbranche als unverzichtbaren Teil ihrer Kultur-, Wirtschafts- und Stadtpolitik.

## CDU

Die Musik-, Eventbranche und die Clubkultur sind wichtige Bestandteile der Nachtökonomie in Berlin. Die Berliner Wirtschaft lebt von Unternehmen, die am Tag und in der Nacht zur Attraktivität, Wohlstand und Jobs in Berlin beitragen. Die CDU wird daher dafür sorgen, dass diese Branchen in Politik und Verwaltung die notwendige Unterstützung erhalten.

Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und Veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen.

Die Musikwirtschaft ist bisher kein Förderschwerpunkt der Wirtschaftsverwaltung. Wir werden das ändern. Das Musicboard muss zudem, als GmbH gegründet, zur Förderung der Musikwirtschaft, diese Aufgabe endlich wahrnehmen. Berlin ist eine Musikstadt von nationaler und internationaler Bedeutung. Dieses Erkenntnis muss endlich in Landespolitik umgesetzt werden. Wir werden dabei alle Branchen der Musikwirtschaft berücksichtigen, von den Veranstaltern, den Studios, den Produzenten, den Vermarktern und Agenturen, Musikern und Ensembles bis hin zu DJs und Clubkultur. Wir setzen dabei auf einen Dialog mit der Branche und den Netzwerken wie Berlin Music Commission und Clubcommission, um entsprechende Förderungen, Plattformen, Kooperationen, Genehmigungen und Strukturen zu entwickeln.

## DIE LINKE

Die Corona-Zeit hat mehr als deutlich gemacht, was der Stadtgesellschaft fehlt, wenn keine Musikfestivals & Kulturevents stattfinden können und in hunderten Clubs nicht mehr getanzet werden kann. Viele Musiker:innen und die vielen Kulturschaffenden in allen Gewerken, die eine Präsentation in der Öffentlichkeit erst möglich machen, haben um ihr Überleben gekämpft. Mitbetroffen war das Transport-, Gastronomie- und Gastgewerbe. Die Reserven der Veranstalter:innen & der Clubbetreiber:innen sind aufgebraucht. Auch wenn jetzt eine Rückkehr zu Events wieder möglich ist, sind sie doch noch vielfach mit Auflagen und Einnahmeeinbußen verbunden. Für DIE LINKE Berlin ist deshalb klar, dass es neben der weiteren Unterstützung durch notwendige Soforthilfen einen regelrechten Wiederaufbau im Kultur- & Freizeitbereich geben muss. Da darf nicht an der falschen Stelle gespart werden, denn auch die Musik- und Event-Branche wird bei entsprechender Unterstützung wieder zum Wirtschaftsaufschwung in Berlin beitragen. Diese Unterstützung wird von uns eingefordert und muss sich auch im Landeshaushalt wiederfinden.

Clubkultur ist für uns fester Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt. Clubs und Musikspielstätten sind wichtige kulturelle Räume, und wir unterstützen das besondere Engagement von Clubs für Diversität, für Schutzräume marginalisierter Communities (Safer Spaces), für Inklusion und Nachhaltigkeit. Wir wollen einen jährlich zu vergebenden Clubpreis schaffen und Berlins Clubkultur stärken. Dafür werden wir den neu geschaffenen Lärmschutzfonds fortschreiben und uns auf Bundesebene für eine baurechtliche Anerkennung von Clubs als Kulturorte einsetzen.

Auch die Musik- & Event-Branche braucht Räume drinnen & draußen. 'Draussenstadt' soll in Berlin weiter gefördert werden, mit festen Orten, die vom Land und den Bezirken bereitgestellt werden. Innenräume sind mit Gewerbemieten verbunden, die in den letzten Jahren durch die Decke gegangen sind. Das wollen wir stoppen und setzen uns für einen Gewerbemietendeckel ein, der aber leider nur auf Bundesebene eingeführt werden kann.

## FDP

Die für unsere Stadt essenzielle Musik- und Eventbranche wollen wir dabei unterstützen, nach der Pandemie wieder tragfähige und nachhaltige Angebote aufzubauen. Insbesondere die vielen Institutionen elektronischer Tanzmusik sind ein qualitatives Standortmerkmal unserer Stadt, auf das wir stolz sind. Wir wollen ein Büro für Angelegenheiten des Nachtlebens nach dem Vorbild des New Yorker „Office of Nightlife“ bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ansiedeln, das als Ansprechpartner und Mediator für die Clubszene sowie Anwohnerinnen und Anwohner, als Vermittler zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen und als beratender Stab für den Senat fungiert.

## SPD

Die Berliner Musik- und Events-Branche hat sich mit einer Vielzahl an Unternehmen, Einrichtungen, Livemusik-Clubs und einer großen Bandbreite von Musikschaffenden, Bands und Orchestern in den letzten Jahren weiter gut entwickelt und ist ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Mit der Gründung des Berliner Musikboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert.

Heute ist das Musicboard ein wichtiger, niederschwelliger und lösungsorientierter Ansprechpartner der Berliner Musikszene. Ein wichtiges Anliegen der Berliner Musik- und Veranstaltungsbranche ist weiterhin die rechtliche Absicherung von Open-Air-Veranstaltungen. Die Berliner SPD setzt sich bereits in dieser Legislaturperiode für ein eigenständiges Veranstaltungssicherheitsgesetz, das verbindliche Regelungen zum Schutz von Veranstaltungsbesucher:innen im öffentlichen Raum festlegt ein. Die Anzeige- und Genehmigungsverfahren sollen einheitlich von den Bezirksämtern verantwortet werden. Wichtig ist uns hierbei ein einfaches und veranstalterfreundliches Verfahren.



# Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es in Deutschland zu wenig Unterstützung für Solo-Selbstständige gibt. Welchen Stellenwert haben Solo-Selbstständige der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Ihre Partei?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Soloselbstständige machen einen Großteil der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche aus. Es liegt in der Natur der Kreativen, dass sie sich seltener in bestehende Strukturen einbinden – im Kern geht es Ihnen, um ständige Innovation, welche keines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses bedarf. Daraus haben sich drei Probleme entwickelt, die für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zentrale Aufgabe unserer Politik sind. Schutz, faire Honorierung und angemessene Beteiligung der Soloselbstständigen. Schutz bedeutet auch die Einbindung der Soloselbstständigen in die bestehenden oder zu reformierenden Sozialversicherungssysteme. Solange es noch keine vollwertige Bürger\*innenversicherung gibt, müssen wir nicht nur die Künstlersozialkasse (KSK) reformieren, sondern auch darauf achten, dass alle Soloselbstständigen Zugang zur KSK oder äquivalenten Sozialversicherungsstrukturen bekommen. Es darf keinen sozialen Nachteil darstellen soloselbstständig zu sein. Eine faire Honorierung der Arbeitsleistung Soloselbstständiger muss selbstverständlich werden. Da sie offensichtlich momentan nicht gegeben ist, sehen wir die Lösung weniger in Selbstverpflichtungserklärungen der Auftraggeber\*innen und Verwerter\*innen, sondern setzen uns für klare Regeln ein. Das beinhaltet auch eine angemessene Beteiligung der Soloselbstständigen an den Erlösen. Wenn die Diskrepanz so deutlich wird, wie etwa bei den großen, milliardenschweren Onlineplattformen und dem durchschnittlichen Einkommen der Kreativen, dann ist es Aufgabe der Politik für einen angemessenen Ausgleich zu sorgen.

## CDU

Solo-Selbstständige sind ein unverzichtbarer Teil der genannten Branchen. Die Corona-Pandemie hat auf dramatische Weise aufgezeigt, welche Notwendigkeiten es für die Unterstützung dieser Berufsgruppe gibt. Wir werden uns im Dialog mit den Interessenvertretungen und der Branche der nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen widmen. Das ist für die CDU eine Konsequenz, die wir aus den Erfahrungen mit der Pandemie ziehen.

## DIE LINKE

Eine Besonderheit der Berliner Wirtschaftsstruktur ist der hohe Anteil an Soloselbstständigen und Kleinunternehmen. Das gilt insbesondere für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft. Für viele Soloselbstständige und Kleinunternehmen waren die Folgen der Corona-Pandemie schnell existenzbedrohend. Aufgrund der hohen Vulnerabilität - vor allem in Krisenzeiten - haben Soloselbstständige und Kleinunternehmen einen besonderen Stellenwert für DIE LINKE Berlin. Daher hat R2G in Berlin als erstes Bundesland überhaupt verschiedene Soforthilfe- und Förderprogramme für Soloselbstständige und Kleinunternehmen geschaffen und ausgeweitet. Nur dank des schnellen und unbürokratischen Einsatzes öffentlicher Mittel konnten viele dieser Unternehmen gerettet werden. Das drückt den hohen Stellenwert aus, den Soloselbstständige und Kleinunternehmen für DIE LINKE Berlin haben. Auch unabhängig von der Pandemie setzen wir uns dafür ein, auch in diesem Bereich unsichere Arbeit, Ausbeutung und Scheinselbstständigkeit zurückzudrängen.

## FDP

Solo-Selbstständige haben Respekt verdient. Vielen Unternehmen und Selbstständigen geht die Corona-Krise an die Substanz. Wir haben uns sehr früh für einen Rettungsschirm für Selbstständige ausgesprochen, da das Kurzarbeitergeld ausschließlich für die Beschäftigten und die Finanzhilfen nur für größere Unternehmen zur Verfügung stand. Grundsätzlich halten wir es für wichtig, dass das Land Berlin und die Bezirke darauf achten, selbstständige Dienstleister zu unterstützen, indem alle Rechnungen und Ansprüche von Selbstständigen bei öffentlichen Aufträgen anders als oft üblich schnellstmöglich beglichen werden.

## SPD

n.a.

# Wie will Ihre Partei die Solo-Selbständigen in der kommenden Legislatur, konkret in den ersten 12 Monaten, unterstützen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Sozialversicherungssysteme zu öffnen, Mindesthonorierungen durchzusetzen und die angemessene Verteilung der Einnahmen (auch) globaler Plattformen zu regulieren, lässt sich nicht in zwölf Monaten, wahrscheinlich auch nicht in einer Legislatur umsetzen. Aber wenn wir nicht sofort damit anfangen, werden wir diese unverzichtbaren, Verbesserungen nie durchsetzen. Daher setzen wir ab sofort auf einen noch direkteren Dialog mit den Betroffenen, den Interessenvertreter\*innen und den beteiligten Branchen. Wir wollen gemeinsam die Bedürfnisse ermitteln und suchen den Ausgleich mit den vermeintlichen „Profiteuren“ der jetzigen Strukturen. Wenn nötig müssen wir dann politische Initiative in regulatorischen Handeln überführen und mit den entsprechenden Gesetzesinitiativen die Instrumente durchsetzen, die es braucht, um Soloselbstständige in die Lage zu versetzen ihre Ansprüche und Rechte gegenüber ihren Auftraggeber\*innen durchzusetzen. Wenn nötig auch schon direkt nach der Wahl.

## CDU

Die CDU hat seit einem Jahr gefordert, dass es für die Unternehmen und Solo-Selbständigen in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft eine gesonderte finanzielle Landesunterstützung geben muss, weil wir die besondere Relevanz dieser Branchen für Berlin erkannt haben. Wir haben daher gefordert, dass diese Hilfen mindestens bis Ende 2021 erfolgen müssen. Im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2022/23 werden wir uns dafür einsetzen, dass dort, wo es notwendig ist, auch im kommenden Doppelhaushalt eine entsprechende Unterstützung erfolgt. Unser Ziel ist es dafür zu sorgen, dass auch diese Branchen zu alter Stärke zurückfinden und eine wirtschaftliche Perspektive ohne permanente staatliche Hilfen haben.

## DIE LINKE

DIE LINKE Berlin will die schnellen und unbürokratischen Hilfen für Solo-Selbstständige, die in Berlin während der Pandemie realisiert wurden, so lange wie aufgrund der Pandemie und ihren Folgen notwendig, fortschreiben. DIE LINKE Berlin unterstützt - nicht nur für die nächsten 12 Monate - unter anderem die Entwicklung und Festschreibung von branchenspezifischen Mindesthonoraren sowie von Musterverträgen mit Standardregelungen, die die Interessen der Auftragnehmer:innen bei Fragen wie Materialkosten, Ausfallhonorar oder Versicherung abbilden. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, in den Bezirken Räume (Co-Working-Spaces) zu schaffen, in denen Solo-Selbstständige bei geringen Mietkosten gemeinsam arbeiten können. Um einen Überblick über Formen und Umfang von Soloselbstständigkeit zu bekommen, soll der Kreativwirtschaftsindex, wie es ihn bis 2015 gab, wieder eingeführt werden. Die Rahmenbedingungen und die Einhaltung von Sozialstandards müssen nicht nur in der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Soloselbstständige weiter verbessert werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht nur in der Gegenwart negative Folgen haben, sondern die Gefahr von Altersarmut nach sich ziehen, sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft noch immer an der Tagesordnung. DIE LINKE Berlin sieht es als eine zentrale Aufgabe an, für eine gerechte und armutsfeste Entlohnung zu sorgen und Armutsperspektiven zurückzudrängen. Dabei gilt es nicht zuletzt, aus der Pandemie zu lernen. So wie die Hilfspakete für Solo-Selbstständige in Berlin schnell und unbürokratisch ausgelegt und umgesetzt wurden, wie nirgendwo sonst, so wichtig ist, aus den Erfahrungen eine Krisenresilienz zu entwickeln. Nicht alles kann jedoch auf Landesebene erreicht werden. Auf der Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, dass das Hartz-IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt wird. Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro sowie die Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe.

## FDP

Die Auswirkungen der Pandemie haben gezeigt, dass die Vielzahl von Förderprogrammen den Solo-Selbstständigen nicht zugutekommen. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig in Berlin ein. Wir wollen aktuellen Förderprogramme evaluieren, mit dem Ziel diese auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft zu öffnen. Die Förderanträge wollen wir entsprechend vereinfachen und digitalisieren.

## SPD

n.a.

# Wird sich Ihre Partei für den Aufbau künftiger Ausfallssicherungssysteme für Solo-Selbständige und Kleinunternehmen im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und insbesondere im Bereich der Musikwirtschaft engagieren?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Ausfallsicherungssysteme sind Notmaßnahmen, die greifen sollen, wenn unvorhergesehene Situationen eintreten, etwa Pandemien. Es ist eine Sache, dass selbige in der aktuellen Situation vorhanden waren, eingeführt wurden und seitens des Staates und des Landes mit Mitteln ausgestattet wurden. Es ist nicht zufriedenstellend, dass sie „top down“, ohne ausreichende Evaluierung der tatsächlich herrschenden Bedingungen, Bedürfnisse und Möglichkeiten der Soloselbstständigen und Unternehmen, insbesondere im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft, geplant und umgesetzt wurden. Zusätzlich kritisieren wir, dass die Information, Abwicklung, und Auszahlung so schlecht funktioniert hat, dass tausende von Strafverfahren aus formalen Gründen eingeleitet und dass letztlich zu wenig, zu spät und nicht bei allen Bedürftigen angekommen ist. Zum Skandal wird es, wenn die Falschen davon profitiert haben, etwa die Vermieter\*innen von Kulturorten. Dieses gründlich zu evaluieren und gemeinsam mit den Betroffenen zu reformieren, ist uns selbstverständlich eine Aufgabe, welche wir zusammen mit Soloselbstständigen, Unternehmen und Verbänden lösen wollen.

## CDU

Die CDU sieht die Notwendigkeit, ein gesondertes Absicherungssystem im Rahmen der Sozialsysteme für die Solo-Selbständigen und Kleinunternehmen in den Bereichen der Medien-, Kreativ-, Digital- und Musikwirtschaft zu schaffen.

## DIE LINKE

DIE LINKE Berlin will die schnellen und unbürokratischen Hilfen für Solo-Selbständige, die in Berlin während der Pandemie realisiert wurden, so lange wie aufgrund der Pandemie und ihren Folgen notwendig, fortschreiben. DIE LINKE Berlin unterstützt - nicht nur für die nächsten 12 Monate - unter anderem die Entwicklung und Festschreibung von branchenspezifischen Mindesthonoraren sowie von Musterverträgen mit Standardregelungen, die die Interessen der Auftragnehmer:innen bei Fragen wie Materialkosten, Ausfallhonorar oder Versicherung abbilden. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, in den Bezirken Räume (Co- Working-Spaces) zu schaffen, in denen Solo-Selbständige bei geringen Mietkosten gemeinsam arbeiten können. Um einen Überblick über Formen und Umfang von Soloselbstständigkeit zu bekommen, soll der Kreativwirtschaftsindex, wie es ihn bis 2015 gab, wieder eingeführt werden. Die Rahmenbedingungen und die Einhaltung von Sozialstandards müssen nicht nur in der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Soloselbstständige weiter verbessert werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht nur in der Gegenwart negative Folgen haben, sondern die Gefahr von Altersarmut nach sich ziehen, sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft noch immer an der Tagesordnung. DIE LINKE Berlin sieht es als eine zentrale Aufgabe an, für eine gerechte und armutsfeste Entlohnung zu sorgen und Armutsperspektiven zurückzudrängen. Dabei gilt es nicht zuletzt, aus der Pandemie zu lernen. So wie die Hilfspakete für Solo-Selbständige in Berlin schnell und unbürokratisch ausgelegt und umgesetzt wurden, wie nirgendwo sonst, so wichtig ist, aus den Erfahrungen eine Krisenresilienz zu entwickeln. Nicht alles kann jedoch auf Landesebene erreicht werden. Auf der Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, dass das Hartz-IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt wird. Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro sowie die Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe.

## FDP

Als Freie Demokraten fordern darin eine bessere soziale Absicherung von Solo-Selbständige und Kleinunternehmen. Dies muss auf Bundesebene geregelt werden. Ferner sollten Selbstständige in eine allgemeine Pflicht zur Altersvorsorge einbezogen werden, dabei jedoch die Freiheit haben, die Form ihrer Vorsorge selbst zu wählen. Die Pflicht zur Altersvorsorge könne sich dabei auf eine Basisabsicherung beschränken. In der gesetzlichen Krankenversicherung müssen faire Versicherungsbeiträge für Selbstständige geschaffen werden und die freiwillige Versicherung in der Arbeitslosenversicherung weiter geöffnet werden.

## SPD

n.a.

# Erkennt Ihre Partei die Musikwirtschaft und ihre gesamte Wertschöpfungskette als Standortfaktor für Berlin und MUSIK als Motor der zukunftsfähigen Entwicklung der deutschen Hauptstadt und nicht zuletzt der Kreativ- und Kulturwirtschaftsbranche in Berlin an? Wird Ihre Partei die Unterstützung der Musikwirtschaft in ihr Wahlprogramm bzw. in ihre politische Agenda aufnehmen und behandeln?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Die Relevanz der Musikwirtschaft, als unverzichtbaren Bestandteil der Berliner Kreativwirtschaft und als essentiellen, identitätsstiftenden Bestandteil der Berliner Kultur – quasi der Seele Berlins – zu erkennen, reicht nicht aus. Wertschöpfungskette und Standortfaktor sind Umschreibungen der ökonomischen Relevanz, Musik ist aber mehr, Musik ist Identität. Erst die Berliner Musikwirtschaft macht Berlin zu Berlin. Um die Musikwirtschaft, also die Identität Berlins, langfristig, nachhaltig und resilient aufzustellen, tut Politik gut daran, deren Strukturen so weit zu unterstützen, dass sie sich aus sich selbst heraus entwickeln kann. Dazu gehören die kulturelle Infrastruktur, die Kulturorte, die Sichtbarkeit, die Sender, die Rahmenbedingungen, die Beziehungen zu externen Akteur\*innen, Plattformen, Verwerter\*innen – und alles was nötig ist, damit die Menschen, welche die Musikwirtschaft ausmachen, ihre Kreativität und Zeit nicht mit Bürokratie und Existenzsicherung verschwenden müssen – sondern Musik machen können. Da sind sehr viele Stellschrauben an denen Politik arbeiten muss. BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN ist sich der Relevanz der Musikwirtschaft für Berlin bewusst und bereit an dieser Stelle mehr Verantwortung zu übernehmen.

## CDU

Die Musik-, Eventbranche und die Clubkultur sind wichtige Bestandteile der Nachtökonomie in Berlin. Die Berliner Wirtschaft lebt von Unternehmen, die am Tag und in der Nacht zur Attraktivität, Wohlstand und Jobs in Berlin beitragen. Die CDU wird daher dafür sorgen, dass diese Branchen in Politik und Verwaltung die notwendige Unterstützung erhalten. Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und Veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen. Die Musikwirtschaft ist bisher kein Förderschwerpunkt der Wirtschaftsverwaltung. Wir werden das ändern. Das Musicboard muss zudem, als GmbH gegründet zur Förderung der Musikwirtschaft, diese Aufgabe endlich wahrnehmen. Berlin ist eine Musikstadt von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese Erkenntnis muss endlich in Landespolitik umgesetzt werden. Wir werden dabei alle Branchen der Musikwirtschaft berücksichtigen, von den Veranstaltern, den Studios, den Produzenten, den Vermarktern und Agenturen, Musikern und Ensembles bis hin zu DJs und Clubkultur. Wir setzen dabei auf einen Dialog mit der Branche und den Netzwerken wie Berlin Music Commission und Clubcommission, um entsprechende Förderungen, Plattformen, Kooperationen, Genehmigungen und Strukturen zu entwickeln. Die Berlin Music Commission ist als Branchennetzwerk der Musikwirtschaft ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Musikstadt Berlin. Der „Listen to Berlin Award“ soll ein Berliner Musikpreis von internationaler Strahlkraft werden. Die „most wanted music“ und „Stadt nach acht“ Konferenzen sind für uns wichtige Formate zum Dialog über Musikwirtschaft, Nachtökonomie und Clubkultur. Der Karneval der Kulturen, die Fete de la Musique und die Musikfestivals in Berlin wollen wir erhalten und unterstützen. Ideen aus Berlin zur Entfaltung kreativer Potentiale können einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Städten leisten und sind national und international nachgefragt. Wir werden daher auch Formate wie „happy local“ und andere unterstützen, um die Erfahrung Berlins im Bereich der Kreativszene zu einem „Exportschlager“ zu machen. Außerdem hat auch die zeitgenössische Musik die kulturelle Anziehungskraft Berlins in den vergangenen Jahrzehnten national und auch international ganz enorm gesteigert. Im Wahlprogramm der CDU Berlin finden sich zahlreiche Förderungen und Maßnahmen, mit denen wir die Musikwirtschaft in Berlin fördern und stärken werden.

## DIE LINKE

Die Kulturschaffenden von Berlin tragen in hervorragender Weise zum nationalen und internationalen Ruf Berlins bei und sowohl Musiker\*innen als auch die Musikwirtschaft haben einen bedeutenden Anteil daran. Selbstverständlich sind sie deshalb auch ein sehr wichtiger Standortfaktor für die Hauptstadt, nicht zuletzt ob der bis zum Jahr 2019 stetig steigenden Touristenzahl, die sich innerhalb der letzten 10 Jahre verdreifacht hat. Es besuchen nicht nur Berliner\*innen die Veranstaltungen der Musikwirtschaft mit ihren Künstler\*innen, Festivals und der angesagten Clubszene, sondern es kommen eben auch viele Tourist\*innen genau deswegen nach Berlin. Mit anderen Worten: Hier bei uns in Berlin „spielt die Musik“. Die Musikwirtschaft hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil an den Steuereinnahmen des Landes und bietet den Kreativen der Stadt viele Arbeitsplätze. Ihre Unterstützung war unserer Partei nicht nur in Zeiten von Corona wichtig, sondern wird es auch weiterhin sein.

## FDP

Ja, die Stärkung der Berliner Kreativwirtschaft wollen wir auf der Grundlage der Erkenntnisse eines Kultur- und Kreativwirtschaftsberichts zu einer strategischen Priorität der Stadtentwicklung machen. Die oft miteinander verwobenen Wirtschaftsaktivitäten und -betriebe des Architektur-, Buch- und Pressemarktes, der bildenden und darstellenden Künste, der Designwirtschaft, Filmwirtschaft (inklusive Visueller Effekte, VFX), des Kunst- und Werbemarkts, der Musikwirtschaft, der Rundfunkwirtschaft, der Software- und Games-Industrie sichern, ermitteln, verbreiten und vermarkten die künstlerische Produktion, die Berlin als Metropole zum Magneten für Kunstkonsumenten, -konsumentinnen und -schaffende macht.

## SPD

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des Berliner Musicboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und ist Förderinstitution, zentrale Anlaufstelle und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene. Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen. Auch Festival sind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadt-Kulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines Festivalfonds eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung vierjähriger Förderung erweitert.

# Nach unserer Schätzung müssten mindestens 3-5% der durch die Musikwirtschaft jährlich erzielten Steuereinnahmen im Landeshaushalt in den weiteren jährlichen Branchenaufbau reinvestiert werden. In welcher Art wird Ihre Partei Rahmenbedingungen und Mechanismen innerhalb des Senates und der Verwaltung schaffen, um eine nachhaltige Investition in die Musikwirtschaftsbranche zu garantieren?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Eine pauschal schwer zu beantwortende Frage. Offensichtlich macht es Sinn, in Wirtschaftszweige zu reinvestieren, um eine langfristige, nachhaltige und resiliente (in diesem Fall) Musikwirtschaft zu erhalten. Inwieweit das mit einem notwendigen Wachstum, Sie nannten es in ihrer Frage „Branchenaufbau“, einhergehen kann, ist schwerer zu beurteilen. Schließlich lässt sich die Zahl der Clubs nicht beliebig skalieren. Sinnvolle, nachvollziehbare Rahmenbedingungen zu schaffen und effektive, faire Mechanismen zu nutzen, garantieren noch keine Investitionen seitens des Landes. Aber die Interessen des Landes, der Berliner\*innen und Besucher\*innen und der Musikwirtschaft auszutarieren, zwischen Lärmschutz und Teilhabe, Immobilienspekulation und kulturellen Freiräumen, Kunstfreiheit und Copyright, partizipativ weiterzuentwickeln und umzusetzen, ist die Pflicht. Für die Weiterentwicklung dessen was Berlin ausmacht, ist es die Kür, gezielt neue Akzente zu setzen, seitens des Landes (auch finanziell) Engagement zu zeigen und Musikveranstaltungen, Musikfestivals, Musikmessen, Musikkongresse zu initiieren und zu unterstützen. Für BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN nimmt Musik da einen ganz großen Raum ein.

## CDU

Die Musik-, Eventbranche und die Clubkultur sind wichtige Bestandteile der Nachökonomie in Berlin. Die Berliner Wirtschaft lebt von Unternehmen, die am Tag und in der Nacht zur Attraktivität, Wohlstand und Jobs in Berlin beitragen. Die CDU wird daher dafür sorgen, dass diese Branchen in Politik und Verwaltung die notwendige Unterstützung erhalten. Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und Veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen. Die Musikwirtschaft ist bisher kein Förderschwerpunkt der Wirtschaftsverwaltung. Wir werden das ändern. Das Musicboard muss zudem, als GmbH gegründet zur Förderung der Musikwirtschaft, diese Aufgabe endlich wahrnehmen. Berlin ist eine Musikstadt von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese Erkenntnis muss endlich in Landespolitik umgesetzt werden. Wir werden dabei alle Branchen der Musikwirtschaft berücksichtigen, von den Veranstaltern, den Studios, den Produzenten, den Vermarktern und Agenturen, Musikern und Ensembles bis hin zu DJs und Clubkultur. Wir setzen dabei auf einen Dialog mit der Branche und den Netzwerken wie Berlin Music Commission und Clubcommission, um entsprechende Förderungen, Plattformen, Kooperationen, Genehmigungen und Strukturen zu entwickeln. Die Berlin Music Commission ist als Branchennetzwerk der Musikwirtschaft ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Musikstadt Berlin. Der „Listen to Berlin Award“ soll ein Berliner Musikpreis von internationaler Strahlkraft werden. Die „most wanted music“ und „Stadt nach acht“ Konferenzen sind für uns wichtige Formate zum Dialog über Musikwirtschaft, Nachökonomie und Clubkultur. Der Karneval der Kulturen, die Fete de la Musique und die Musikfestivals in Berlin wollen wir erhalten und unterstützen. Ideen aus Berlin zur Entfaltung kreativer Potentiale können einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Städten leisten und sind national und international nachgefragt. Wir werden daher auch Formate wie „happy local“ und andere unterstützen, um die Erfahrung Berlins im Bereich der Kreativszene zu einem „Exporthit“ zu machen. Außerdem hat auch die zeitgenössische Musik die kulturelle Anziehungskraft Berlins in den vergangenen Jahrzehnten national und auch international ganz enorm gesteigert. Im Wahlprogramm der CDU Berlin finden sich zahlreiche Forderungen und Maßnahmen, mit denen wir die Musikwirtschaft in Berlin fördern und stärken werden.

## DIE LINKE

Auch ohne genau wissen zu können, wie sich die finanzielle Lage der öffentlichen Hand in den kommenden Monaten und Jahren genau entwickeln wird, ist absehbar, dass die Corona-Pandemie signifikante Auswirkungen auf die (Steuer-)Einnahmen des Landes Berlin haben wird. DIE LINKE Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Musikwirtschaft in Berlin keine Kürzungen hinnehmen muss. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit Vertreter:innen der Musikwirtschaft in Berlin nach kreativen Wegen suchen, um Mehrbedarf finanziert werden können.

## FDP

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie strapazieren die häusliche Lage des Landes Berlin. Wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 10.05.2021 schon sagt: „Der Kassensturz wird kommen.“ Damit steht verantwortungsbewusste Medien- und Kulturpolitik in Berlin vor der Herausforderung, Substanz zu sichern und Prioritäten zu setzen, ohne kommende Generationen zu überfordern.

## SPD

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des Berliner Musicboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene. Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen. Auch Festivalssind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadtstadtkulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines Festivalfonds eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung vierjähriger Förderung erweitert.

# Ist Ihre Partei bereit, sich für die Bereitstellung der notwendigen Budgets und Investitionsinstrumente für die Musikwirtschaft zu engagieren und sie langfristig, ähnlich der Budgets der Medienwirtschaft, auszubauen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN werden selbstverständlich notwendige Haushaltstitel einstellen und notwendige Investitionsinstrumente einsetzen. Wenn es notwendig ist, werden dabei auch Aufstockungen von Haushaltstiteln erfolgen. Die Schwierigkeit liegt dabei doch in der Definition der „Notwendigkeit“. Letztlich liegt die Haushaltsgesetzgebung in der Souveränität des Abgeordnetenhauses. Es muss einer Verwaltung, welche die Haushaltstitel zunächst plant, also gelingen, die Mehrheit der Abgeordneten von eben dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Das gilt für die Medienwirtschaft ganz genauso wie für die Musikwirtschaft. Die konstruktive und zukunftsweisende Arbeit der Berlin Music Commission eG. ist ein „notwendiger“ Schritt in diesem Aushandlungsprozess, gemeinsam die Notwendigkeit von „Budgets“ und Investitionsinstrumenten zu definieren, angemessenen Ausgleich zu sorgen.

## CDU

Die Musik-, Eventbranche und die Clubkultur sind wichtige Bestandteile der Nachtkononomie in Berlin. Die Berliner Wirtschaft lebt von Unternehmen, die am Tag und in der Nacht zur Attraktivität, Wohlstand und Jobs in Berlin beitragen. Die CDU wird daher dafür sorgen, dass diese Branchen in Politik und Verwaltung die notwendige Unterstützung erhalten. Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmrehe, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und Veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen. Die Musikwirtschaft ist bisher kein Förderschwerpunkt der Wirtschaftsverwaltung. Wir werden das ändern. Das Musicboard muss zudem, als GmbH gegründet zur Förderung der Musikwirtschaft, diese Aufgabe endlich wahrnehmen. Berlin ist eine Musikstadt von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese Erkenntnis muss endlich in Landespolitik umgesetzt werden. Wir werden dabei alle Branchen der Musikwirtschaft berücksichtigen, von den Veranstaltern, den Studios, den Produzenten, den Vermarktern und Agenturen, Musikern und Ensembles bis hin zu DJs und Clubkultur. Wir setzen dabei auf einen Dialog mit der Branche und den Netzwerken wie Berlin Music Commission und Clubcommission, um entsprechende Förderungen, Plattformen, Kooperationen, Genehmigungen und Strukturen zu entwickeln. Die Berlin Music Commission ist als Branchennetzwerk der Musikwirtschaft ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Musikstadt Berlin. Der „Listen to Berlin Award“ soll ein Berliner Musikpreis von internationaler Strahlkraft werden. Die „most wanted music“ und „Stadt nach acht“ Konferenzen sind für uns wichtige Formate zum Dialog über Musikwirtschaft, Nachtkononomie und Clubkultur. Der Karneval der Kulturen, die Fete de la Musique und die Musikfestivals in Berlin wollen wir erhalten und unterstützen. Ideen aus Berlin zur Entfaltung kreativer Potentiale können einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Städten leisten und sind national und international nachgefragt. Wir werden daher auch Formate wie „happy locals“ und andere unterstützen, um die Erfahrung Berlins im Bereich der Kreativszene zu einem „Exportschlager“ zu machen. Außerdem hat auch die zeitgenössische Musik die kulturelle Anziehungskraft Berlins in den vergangenen Jahrzehnten national und auch international ganz enorm gesteigert. Im Wahlprogramm der CDU Berlin finden sich zahlreiche Förderungen und Maßnahmen, mit denen wir die Musikwirtschaft in Berlin fördern und stärken werden.

## DIE LINKE

Neben strukturellen Übereinstimmungen von Musik- und Medienwirtschaft beispielsweise bei der Rolle innovativer Start-ups und den spezifischen Problemen kleiner und mittelständiger Unternehmen in der Branche gibt es auch eine Reihe von Unterschieden. DIE LINKE Berlin wird sich, wie es Kultursenator Klaus Lederer im Zuständigkeitsbereich seines Ressorts bereits tut, weiterhin für die Musikwirtschaft engagieren. Dafür wollen wir nach den Wahlen gemeinsam Vertreter:innen der Musikwirtschaft prüfen, wie die Branche zukünftig noch besser innerhalb der Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden kann.

## FDP

Gleiche Budgets sind hierbei sicher durchaus sinnvoll. Dies steht aber unter der haushälterischen Finanzierung. Siehe dazu auch die Antwort auf die Frage nach Rahmenbedingungen und Mechanismen.

## SPD

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des Berliner Musicboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und ist Förderinstitution, zentrale Anlaufstelle und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene. Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen. Auch Festivalssind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadtstadtkulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines Festivalfonds eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung vierjähriger Förderung erweitert.

# Erkennt Ihre Partei die Arbeit des Musikwirtschaftsnetzwerkes Berlin Music Commission in der Vergangenheit an und ist gewillt, dieses Netzwerk weiterhin finanziell zu unterstützen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Die Arbeit selbstorganisierter Netzwerke und Interessenvertretungen ist in unserer demokratisch organisierten Gesellschaft unverzichtbar – sie kann und sollte nicht durch politisches Handeln ersetzt werden. Die Zeiten der Planwirtschaft sind vorbei. Selbige Netzwerke zu unterstützen, ist daher seitens der Politik unerlässlich. Inwieweit die Unterstützung finanzieller Art sein sollte, gilt es gemeinsam zu diskutieren. Sicher hilft eine auskömmliche Finanzierung, gerade wenn sich Netzwerke neu bilden, aber sie stellen natürlich sofort die Unabhängigkeit der Netzwerke in Frage. Unser Ziel als BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN ist eine weitgehende Souveränität aller Partner\*innen. Dazu gehören sozial abgesicherte, fair bezahlte und angemessen beteiligte Urheber\*innen genauso, wie belastbare Netzwerke und souveräne Politik.

## CDU

Für uns ist die Berlin Music Commission als Branchennetzwerk der Musikwirtschaft ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Musikstadt Berlin. Wir wollen ihre Kompetenz in die Berliner Planungs- und Abstimmungsprozessen einbeziehen und setzen uns für eine dauerhafte finanzielle Absicherung der Arbeit der Berlin Music Commission ein.

## DIE LINKE

Wir wollen, dass die Unterstützung des Netzwerkes fortgesetzt wird, auch finanziell. Damit Berlin Musikhauptstadt Deutschlands mit internationaler Strahlkraft bleibt und auch weiter Kreative und Musikschaffende aus aller Welt anziehen kann, wird das Musicboard z.B. weiter die Popmusikszene der Stadt unterstützen und ihre kulturelle und wirtschaftliche Strahlkraft stärken. Dazu arbeitet das Musicboard eng mit den Berliner Musikunternehmen zusammen und vermittelt oder fördert Kooperationsprojekte. Das Musicboard unterstützt außerdem in Berlin lebende Künstler\*innen mit Stipendien oder indem es eine bessere Infrastruktur für Musiker\*innen schafft. Hinzu kommen die verbesserte Zusammenarbeit mit der Musikwirtschaft und die enge Kooperation mit der Berliner Popmusikszene, den Berliner Musiknetzwerken, der Verwaltung und Wirtschaft. In Problemfällen, z.B. bei Fragen von Lärmschutz und Nachbarschaft, hilft das Musicboard als Moderator. Das Musicboard setzt mit der Förderung von Projekten in Förderprogrammen seinen Etat um, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil in die Finanzierung der Berlin Music Commission fließt. Zudem gibt es die Instrumente der Festival-, Label- & Supportförderung.

## FDP

Das Musikwirtschaftsnetzwerkes Berlin Music Commission hat mit verschiedensten Maßnahmen, wie die Sprechstunde Musikwirtschaft, dazu beigetragen, dass die Musikwirtschaft mit Beratungs- und Hilfsangeboten durch die Coronakrise kam. Eine finanzielle Unterstützung sehen wir weiter geboten an, wie diese ausfällt steht aber unter dem Finanzierungsvorbehalt im Zuge des nächsten Haushalts. Siehe dazu auch die Antwort auf die Frage nach Rahmenbedingungen und Mechanismen.

## SPD

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des Berliner Musicboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und ist Förderinstitution, zentrale Anlaufstelle und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene. Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen. Auch Festivalssind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadt Kulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines Festivalfonds eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung vierjähriger Förderung erweitert.

# Stimmen Sie einem Konjunkturprogramm für die Musikwirtschaft für die Zeit nach der Corona-Pandemie zu, um einen Neustart für den Standort Berlin zu ermöglichen?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Ein Neustart, ein „Reset“ macht nur dann Sinn, wenn sich danach etwas verbessert. Wenn das „Betriebssystem“ von Fehlern bereinigt wurde und eine verbesserte „Software“ genutzt werden kann. Ja, regelmäßige Evaluationen und Verbesserungen machen nicht nur Sinn, sie sind unumgänglich – sie müssen aber auch entsprechend kenntnisreich und gut erkannt, entwickelt und umgesetzt werden. Einfach nur „ein“ Konjunkturprogramm zu platzieren, klingt nach Effekthascherei. Nachhaltige Weiterentwicklung, welche zu einer resilienteren Musikwirtschaft führt, kann Politik sich nicht alleine ausdenken. Zusammen mit den Akteur\*innen in der Musikwirtschaft wollen BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN die „Hardware“, sprich die kulturelle Infrastruktur und die „Software“, sprich die Rahmenbedingungen und Regulierungen, konsequent weiterentwickeln. In diesem Kontext ist es höchst wahrscheinlich sinnvoll, auch „Konjunkturprogramme“ und nun punktuelle Impulsmaßnahmen zu entwickeln und zu setzen, etwa wie die „Berlin Film Week“, ein von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN vorgeschlagenes Programm, welches 200 Clubs und 200 Kinoleinwände im Sommer 2021 unterstützen sollte – und welches leider von der SPD geführten Senatskanzlei abgelehnt wurde. Wir setzen uns dafür ein, hier in einen direkteren Dialog zu kommen, gezieltere Maßnahmen zu entwickeln und gemeinsam mit Politik und Musikwirtschaft umzusetzen.

## CDU

Wir werden im Rahmen eines Masterplan Musik ein Instrumentarium für populäre Musik entwickeln, mit dem wir wirtschaftlich orientierte Gemeinschaftsprojekte unterstützen, kreativen Input belohnen und Branchennetzwerke fördern. Außerdem werden wir zur Unterstützung des Neustarts nach der Pandemie ein Programm zur Unterstützung und Neueinrichtung von Clubs und Kulturorten einrichten.

## DIE LINKE

Mit der Corona-Krise kam eine neue Aufmerksamkeit für und Nachdenklichkeit über das bislang „Normale“ des Alltags. In den Mittelpunkt rückt, was während der Pandemie fehlte: das gemeinsame Erlebnis der Kultur, das pulsierende Leben der Clubs. Gerade die Clubkultur ist für uns fester Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt. Clubs und Musikspielstätten sind wichtige kulturelle Räume, und wir unterstützen das besondere Engagement von Clubs für Diversität, für Schutzräume marginalisierter Communitys („Safer Spaces“), für Inklusion und Nachhaltigkeit. Wir wollen einen jährlich zu vergebenden Clubpreis schaffen und Berlins Clubkultur stärken. Dafür wollen wir auch den neu geschaffenen Lärmschutzfonds fortschreiben und uns auf Bundesebene für eine baurechtliche Anerkennung von Clubs als Kulturorte einsetzen. Ein „Neustart Kultur“ muss natürlich auch mit der Unterstützung für die Musikwirtschaft einhergehen, wobei wir hier auch deutlich den Bund in der Pflicht sehen.

## FDP

Wie werden die bisherigen Hilfsprogramme evaluieren und gegebenenfalls nachsteuern, aber auch dies steht unter dem Finanzierungsvorbehalt im Zuge des nächsten Haushalts. Siehe dazu auch die Antwort auf die Frage nach Rahmenbedingungen und Mechanismen.

## SPD

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des Berliner Musikboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und ist Förderinstitution, zentrale Anlaufstelle und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene. Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen. Auch Festivalssind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadt Kulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines Festivalfonds eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung vierjähriger Förderung erweitert.



# Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass Budgets für internationales Marketing für Berlin als weltweit relevanter Musikstandort zur Verfügung gestellt werden?

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Nur Budgets für internationales Marketing zur Verfügung zu stellen, erscheint zu wenig. Selbstverständlich muss Politik, wenn sie denn etwas unterstützen will, auch die nötigen Mittel dafür bereitstellen – aber wenn aus Sicht der Berlin Music Commission e.G. die bisherigen Maßnahmen und Werkzeuge des Standortmarketing nicht ausreichend sind, ist es sicher zielführender gemeinsam neue Maßnahmen und Werkzeuge zu entwickeln.

## CDU

Wir werden die Werbung für den Wirtschaftsstandort Berlin im In- und Ausland verstärken. Die von der Corona Krise getroffenen Unternehmen im Kongress- und Messegeschäft, der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Gastronomie, der Hotellerie und des Einzelhandels werden wir durch ein stärkeres Engagement bei visit Berlin und Berlin Partner unterstützen. Wir werden außerdem die Förderung von Berliner Unternehmen ausweiten, die ihre Geschäftstätigkeit auf das Ausland erweitern.

## DIE LINKE

Die Musikbranche prägt das internationale Image Berlins und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass der Senat gemeinsam mit Vertreter:innen der Musikwirtschaft und visitBerlin Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des internationalen Marketings für Berlin als weltweit relevantem Musikstandort erarbeitet und umsetzt.

## FDP

Dies steht unter dem Finanzierungsvorbehalt im Zuge des nächsten Haushalts. Siehe dazu auch die Antwort auf die Frage nach Rahmenbedingungen und Mechanismen.

## SPD

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des Berliner Musikboards haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und ist Förderinstitution, zentrale Anlaufstelle und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene. Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine Kulturoffensive, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen. Auch Festivalssind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadt Kulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines Festivalfonds eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung vierjähriger Förderung erweitert.